

Nikolaos Kotalakidis

Von der nationalen Staatsangehörigkeit zur Unionsbürgerschaft

Die Person und das Gemeinwesen



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	13
Problemstellung und Einführung	23
Erster Teil: Die Person und das Gemeinwesen des Staates	35
Erstes Kapitel: Die Staatsangehörigkeit und die Staatsbürgerschaft als Grundbegriffe der Zuordnung zum und der Mitgliedschaft im Staatsverband	36
A. Die Zuordnung zum Staatsverband: Die Staatsangehörigkeit	36
I. Rechtsnatur und Inhalt	37
II. Funktion	40
III. Die psychologische Dimension	43
IV. Zusammenfassung	45
B. Die Mitgliedschaft im Staatsverband: Die Staatsbürgerschaft	45
I. Die geschichtliche Entwicklung	46
II. Der heutige in der westlichen Welt geltende Standard	47
III. Wertende Gesamtbetrachtung	58
C. Die Begriffe der Staatsangehörigkeit und der Staatsbürgerschaft im Verhältnis zueinander	59
I. Die zwischen Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft bestehende Konnexität als Grund für den undifferenzierten Gebrauch beider Begriffe	59
II. Die Funktion der im Nationalstaat gefestigten Konnexität zwischen (nationaler) Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft	62
III. Durchbrechungen der zwischen Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft bestehenden Konnexität	75

IV. Wertende Gesamtbetrachtung	88
--------------------------------------	----

Zweites Kapitel: Moderne Entwicklungen zur Rekonzeptualisierung des Person - Staat Verhältnisses 90

A. Die Auswirkungen der Menschenrechtsentwicklung: Die Internationalisierung des (staats)bürgerlichen Rechtsstatus..... 90

I. Die Unterscheidung zwischen allgemeinen Menschenrechten und Staatsbürgerrechten	91
--	----

II. Die Ausgliederung von Rechten aus dem Staatsbürgerstatus und ihre Eingliederung in den allgemeinen Menschenrechtsstatus.....	96
--	----

III. Auswirkungen der Verschiebung von Rechtsgarantien vom Staatsbürgerstatus in den allgemeinen Menschenrechtsstatus	103
---	-----

IV. Wertende Gesamtbetrachtung	108
--------------------------------------	-----

B. Das Nationalstaat-Modell im Umbruch. (Staats)bürgerliche Entnationalisierung und der post-nationale Bürgerbegriff 109

I. Das tradierte Nationalstaat-Modell: „Nation = Volk = Staat“	110
--	-----

II. Das Nationalstaat-Modell im Umbruch	115
---	-----

III. (Staats)-bürgerliche Entnationalisierung und der post-nationale Bürgerbegriff ..	126
---	-----

IV. Wertende Gesamtbetrachtung	133
--------------------------------------	-----

Zweiter Teil: Die Person und das Gemeinwesen der Europäischen Union..... 135

Drittes Kapitel: Die Unionsbürgerschaft: Grundlagen..... 136

A. Die Entwicklung des Bürgerschaft-Konzepts in der Gemeinschaftsrechtsordnung..... 136

I. Die subjektiven Rechte als Integrationsinstrument und die Entwicklung eines europäischen Bürgerrechts	137
--	-----

II. Politische Ansätze zur Errichtung des „Europas der Bürger“	142
--	-----

III.	Wertende Gesamtbetrachtung	146
B.	Die Unionsbürgerschaft nach dem Maastrichter Vertrag.....	147
I.	Historisch-politischer Hintergrund und Entstehungsgründe der Unionsbürgerschaft	147
II.	Die rechtliche Ausgestaltung der Unionsbürgerschaft in den Artikeln 18 – 22 EGV	152

Viertes Kapitel: Gesamtbetrachtung der Unionsbürgerschaft im Kontext der Europäischen Integration. Die Polyvalenz des Unionsbürgerkonzepts.....206

A.	Definition und Funktionalität des Begriffs „Unionsbürgerschaft“	208
I.	Die Unionsbürgerschaft in Abgrenzung zur „Gemeinschafts“- bürgerschaft	211
II.	Die Unionsbürgerschaft in Abgrenzung zur Formel „Staatsangehörige der Mitgliedstaaten“	215
III.	Die Unionsbürgerschaft in Abgrenzung zur Unions-“angehörigkeit“	223
IV.	Wertende Gesamtbetrachtung	226
B.	Unionsbürgerschaft, Gleichheit und die Grundfreiheiten des Vertrages	226
I.	Das gemeinschaftliche System zur Gewährleistung der Grundfreiheiten. Die Entwicklung vom Diskriminierungs- zum umfassenden Beschränkungsverbot..	228
II.	Der Sonderfall der sog. Inländerdiskriminierung	232
III.	Die Auswirkungen der Unionsbürgerschaft auf die Grundfreiheiten und insbesondere die Inländerdiskriminierung	235
IV.	Wertende Gesamtbetrachtung: Die „negative“ Komponente der Unionsbürgerrechte	244
C.	Unionsbürgerschaft, Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte	246
I.	Das gemeinschaftsrechtliche System zum Schutz der Grundrechte	247
II.	Der interaktive Zusammenhang zwischen der Unionsbürgerschaft und dem gemeinschaftsrechtlichen Grundrechtsschutz	251

III.	Unionsbürgerschaft und allgemeiner Menschenrechtsschutz für Drittstaatsangehörige.....	257
IV.	Wertende Gesamtbetrachtung	259
D.	Unionsbürgerschaft, Legitimation und Demokratie.....	260
I.	Dogmatische Einordnung des Legitimationsbedarfs der Europäischen Union	261
II.	Die Unionsbürgerschaft und die Voraussetzungen der unmittelbaren demokratischen Legitimation der Europäischen Union	269
III.	Wertende Gesamtbetrachtung	289
	Fünftes Kapitel: Die Symbiose der Unionsbürgerschaft und der nationalen Staatsangehörigkeit	292
A.	Das zwischen der Staatsangehörigkeit und der Unionsbürgerschaft bestehende Akzessorietätsverhältnis und seine Tücken	294
I.	Die Befugnis der Mitgliedstaaten zur alleinverantwortlichen Regelung ihrer Staatsangehörigkeiten.....	294
II.	Auswirkungen der mitgliedstaatlichen Befugnis zur alleinverantwortlichen Regelung der Staatsangehörigkeit auf die Unionsrechtsordnung.....	296
B.	Angleichung der mitgliedstaatlichen Staatsangehörigkeitsregelungen.....	300
C.	Durchbrechungen der zwischen der nationalen Staatsangehörigkeit und der Unionsbürgerschaft bestehenden Akzessorietät.....	302
I.	Die Ausgestaltung der Unionsbürgerschaft als einen autonomen Rechtsstatus...303	
II.	Abstraktion des Unionsbürgerstatus von nationalen Staatsangehörigkeitsregelungen	304
	Schlusswort: Der doppelte Bürgerstatus der Person auf der nationalen wie der supranationalen Ebene.....	317
	Literaturverzeichnis	321

Inhaltsverzeichnis

Problemstellung und Einführung	23
Erster Teil: Die Person und das Gemeinwesen des Staates	35
Erstes Kapitel: Die Staatsangehörigkeit und die Staatsbürgerschaft als Grundbegriffe der Zuordnung zum und der Mitgliedschaft im Staatsverband	36
A. Die Zuordnung zum Staatsverband: Die Staatsangehörigkeit	36
I. Rechtsnatur und Inhalt	37
II. Funktion	40
III. Die psychologische Dimension	43
IV. Zusammenfassung	45
B. Die Mitgliedschaft im Staatsverband: Die Staatsbürgerschaft	45
I. Die geschichtliche Entwicklung	46
II. Der heutige in der westlichen Welt geltende Standard	47
1. Die politische Dimension des Staatsbürgerbegriffs	49
2. Die soziale Dimension des Staatsbürgerbegriffs	51
3. Die rechtliche Definition des Staatsbürgerbegriffs	53
a. Der Staatsbürgerstatus im weiteren Sinne	53
b. Der Staatsbürgerstatus im engeren Sinne	55
III. Wertende Gesamtbetrachtung	58
C. Die Begriffe der Staatsangehörigkeit und der Staatsbürgerschaft im Verhältnis zueinander	59
I. Die zwischen Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft bestehende Konnexität als Grund für den undifferenzierten Gebrauch beider Begriffe	59
II. Die Funktion der im Nationalstaat gefestigten Konnexität zwischen (nationaler) Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft	62

1.	Die Herstellung politischer Identität des Einzelnen mit dem Gemeinwesen des Nationalstaates (Identitätsfunktion).....	62
2.	Die Integration des Einzelnen als vollberechtigtes Mitglied des Staatsvolkes (Integrationsfunktion).....	64
a.	Die Staatsvolkszugehörigkeit als Grundlage des staatsbürgerlichen Rechtsstatus.....	64
b.	Die Staatsangehörigkeit als Kriterium für die Zurechnung einer Person zum Staatsvolk und damit für die Anerkennung des Staatsbürgerstatus.....	65
c.	Zwei Modelle der Definition nationaler Identität	66
(1)	Das ethnische Nationalstaat-Modell am Beispiel Deutschlands.....	67
(2)	Das staatsidealistische Nationalstaat-Modell am Beispiel Frankreichs	69
(3)	Zusammenfassung	70
3.	Die Definition der vom Staatsvolk abgegrenzten Personen(gruppe) der „Ausländer“ (Exklusivitätsfunktion).....	71
4.	Zusammenfassung	73
III.	Durchbrechungen der zwischen Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft bestehenden Konnexität	75
1.	Rechtsdogmatischer Hintergrund	75
a.	Verfassungsrechtliche Schwierigkeiten aus deutscher Sicht: Das zwischen der Staatsangehörigkeit und der Staatsbürgerschaft angenommene „Junktim“	76
b.	Die differenzierte Betrachtung von Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft	77
2.	Staatsangehörigkeit ohne Staatsbürgerschaft	79
a.	Beispiele aus dem internationalen Vergleich.....	79
b.	Rechtliche Würdigung	82
3.	Staatsbürgerschaft ohne Staatsangehörigkeit	84
a.	Geschichtliche und moderne Beispiele	85
b.	Rechtliche Würdigung	86
IV.	Wertende Gesamtbetrachtung	88

Zweites Kapitel: Moderne Entwicklungen zur Rekonzeptualisierung des Person - Staat Verhältnisses 90

A.	Die Auswirkungen der Menschenrechtsentwicklung: Die Internationalisierung des (staats)bürgerlichen Rechtsstatus.....	90
I.	Die Unterscheidung zwischen allgemeinen Menschenrechten und Staatsbürgerrechten.....	91

1.	Nationale Regelungen.....	92
2.	Internationale Bestimmungen.....	94
II.	Die Ausgliederung von Rechten aus dem Staatsbürgerstatus und ihre Eingliederung in den allgemeinen Menschenrechtsstatus	96
1.	Nationales Recht.....	97
2.	Internationales Recht	99
III.	Auswirkungen der Verschiebung von Rechtsgarantien vom Staatsbürgerstatus in den allgemeinen Menschenrechtsstatus.....	103
1.	Die Rekonzeptualisierung der Rechtsstellung des Einzelnen im Gemeinwesen.....	103
2.	Die Erosion des zwischen der Staatsangehörigkeit und der Staatsbürgerschaft bestehenden Interdependenzverhältnisses	105
3.	Die Internationalisierung des Bürgerbegriffs	105
IV.	Wertende Gesamtbetrachtung	108
B.	Das Nationalstaat-Modell im Umbruch. (Staats)bürgerliche Entnationalisierung und der post-nationale Bürgerbegriff	109
I.	Das tradierte Nationalstaat-Modell: „Nation = Volk = Staat“	110
1.	Die Verfestigung des Gleichheitsgrundsatzes und die Einführung ethnischer Elemente in die Definition der politisch relevanten Personengesamtheit	110
2.	Die sog. personelle, institutionelle und konstitutionelle Komponente des Nationalstaat-Modells „Nation=Volk=Staat“	112
II.	Das Nationalstaat-Modell im Umbruch	115
1.	Die Isolierung bzw. Assimilierung des Heterogenen als wichtiges Merkmal des tradierten Nationalstaat-Modells	115
2.	Globalisierung und der wachsende Bedarf an der Entwicklung eines neuen Homogenitäts- und Identitätskonzepts (sog. „Verfassungspatriotismus“).....	117
3.	Dogmatische Einordnung der Ansätze zur Definition eines neuen politischen Denkens weg vom ethnischen Nationalstaat-Modell.....	119
a.	Die Konstruierbarkeit nationaler Homogenität und kollektiver Kulturidentität	120
b.	Ansätze zu neuen Konzeptionen von Staat und Volk	122
III.	(Staats)-bürgerliche Entnationalisierung und der post-nationale Bürgerbegriff..	126
1.	Die Verselbständigung des Bürgerbegriffs von den dogmatischen Voraussetzungen des Nationalstaates.....	126

2.	Die Bedeutung der nationalen Staatsangehörigkeit für die Anerkennung staatsbürgerlicher Rechte gemessen am Maßstab des allgemeinen Gleichheitsgrundsatzes	127
a.	Die politische und soziale Integration der gesamten Wohnbevölkerung	128
b.	Sozialer Zusammenhalt und Zusammengehörigkeitsgefühl	129
c.	Die Formalisierung der nationalen Staatsangehörigkeit und das post-nationale Konzept von staatsbürgerlicher Volkssouveränität... ..	131
IV.	Wertende Gesamtbetrachtung	133

Zweiter Teil: Die Person und das Gemeinwesen der Europäischen Union.....135

Drittes Kapitel: Die Unionsbürgerschaft: Grundlagen136

A. Die Entwicklung des Bürgerschaft-Konzepts in der Gemeinschaftsrechtsordnung136

I.	Die subjektiven Rechte als Integrationsinstrument und die Entwicklung eines europäischen Bürgerrechts.....	137
1.	Dogmatische Grundlagen	137
2.	Die Rolle der Judikative	140
II.	Politische Ansätze zur Errichtung des „Europas der Bürger“	142
III.	Wertende Gesamtbetrachtung	146

B. Die Unionsbürgerschaft nach dem Maastrichter Vertrag147

I.	Historisch-politischer Hintergrund und Entstehungsgründe der Unionsbürgerschaft	147
1.	Die Einführung der Unionsbürgerschaft durch den Maastrichter Vertrag.....	147
2.	Leitgedanken der Unionsbürgerschaft.....	150
II.	Die rechtliche Ausgestaltung der Unionsbürgerschaft in den Artikeln 18 – 22 EGV	152
1.	Freizügigkeit.....	152
a.	Die Bedeutung des in Artikel 18 EGV enthaltenen allgemeinen Freizügigkeitsrechts als eines subjektiven Rechts auf umfassende Integration	153

(1)	Der Artikel 18 EGV als Auffangtatbestand <i>ratione materiae</i>	155
(2)	Der Artikel 18 EGV als Auffangtatbestand <i>ratione personae</i>	157
b.	Der in Artikel 18 Abs. 1 EGV vorgesehene Vorbehalt und die unmittelbare Anwendbarkeit bzw. Wirkung des allgemeinen Freizügigkeitsrechts	158
(1)	Exkurs in die vom EuGH entwickelten Grundsätze und Kriterien zur Überprüfung der unmittelbaren Anwendbarkeit einer gemeinschaftsrechtlichen Vorschrift	160
(2)	Überprüfung der unmittelbaren Anwendbarkeit des Artikels 18 Abs. 1 EGV anhand der dazu vom EuGH entwickelten Grundsätze und Kriterien	162
c.	Die Beschränkungen und Bedingungen des in Artikel 18 EGV geregelten allgemeinen Freizügigkeitsrechts im einzelnen	164
(1)	Die Anwendbarkeit von sozialen Vergünstigungen auf einen nicht als Arbeitnehmer zu qualifizierenden Unionsbürger aufgrund des Artikels 18 EGV (die Rs. „Sala“)	166
(2)	Die drei Richtlinien des Rates vom 28. Juni 1990 über das Aufenthaltsrecht.....	170
d.	Wertende Gesamtbetrachtung	173
2.	Wahlrecht am Wohnsitzort.....	174
a.	Verfassungsrechtliche Streitfragen der Verleihung des Wahlrechts unabhängig von der nationalen Staatsangehörigkeit.....	175
b.	Die rechtliche Ausgestaltung des Artikels 19 EGV.....	178
(1)	Der objektivrechtliche Charakter des Artikels 19 Abs. 1 und Abs. 2 EGV.....	178
(2)	Inhalt und Bedeutung der Richtlinien 93/109/EG und 94/80/EG.....	179
c.	Die umfassende Gewährleistung der politischen Betätigung der Unionsbürger.....	184
(1)	Theoretische Grundlagen.....	184
(2)	Auswirkungen auf die Rechtsprechung des Gerichtshofs	186
d.	Wertende Gesamtbetrachtung	189
3.	Diplomatischer und konsularischer Schutz	190
a.	Systematische Einordnung des diplomatischen und konsularischen Schutzes in das Konzept der Unionsbürgerschaft....	190
b.	Berechtigung und Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Gewährung diplomatischen und konsularischen Schutzes	192
c.	Voraussetzungen zur Effektivierung des diplomatischen und konsularischen Schutzes.....	194
4.	Petitionsrecht und Beschwerderecht beim Bürgerbeauftragten	195
a.	Bedeutung und Funktion des Petitionsrechts und des Beschwerderechts beim Bürgerbeauftragten als Mechanismen zum außergerichtlichen Schutz	195
b.	Gegenstand und materieller Anwendungsbereich des außergerichtlichen Schutzes.....	196

c.	Personeller Anwendungsbereich des außergerichtlichen Schutzes.....	198
5.	Fortentwicklung der Unionsbürgerschaft.....	200
a.	Die im Artikel 22 EGV festgeschriebene sog. „Evolutivklausel“ als Bekenntnis zur rechtlichen Eigendynamik des Unionsbürgerstatus.....	200
b.	Inhaltliche Tragweite, Verfahren und Rechtswirkungen der auf der Grundlage des Artikels 22 EGV zu erlassenden Rechtsakte	201
(1)	Fortentwicklung nur zwecks Ergänzung der Unionsbürgerschaft.....	201
(2)	Systemimmanente und systemtransformierende Ergänzungen der Unionsbürgerschaft.....	202
(3)	Bindungswirkung der den Mitgliedstaaten auf der Grundlage des Artikels 22 EGV zur Annahme empfohlenen Bestimmungen	203
(4)	Der Handlungsspielraum des Rates bei seinem Tätigwerden nach Artikel 22 EGV	204

Viertes Kapitel: Gesamtbetrachtung der Unionsbürgerschaft im Kontext der Europäischen Integration. Die Polyvalenz des Unionsbürgerkonzepts.....206

A.	Definition und Funktionalität des Begriffs „Unionsbürgerschaft“	208
I.	Die Unionsbürgerschaft in Abgrenzung zur „Gemeinschafts“- bürgerschaft.....	211
1.	Integrationspolitische Vorteile des Begriffs „Unionsbürgerschaft“ und die rechtliche Relevanz ihrer Einbettung in den zweiten Teil des EG-Vertrages	211
2.	Die Problematik der Erfassung der Europäische Union als ein Gemeinwesen mit partizipatorischen Mitgliedschaftsverhältnissen	213
II.	Die Unionsbürgerschaft in Abgrenzung zur Formel „Staatsangehörige der Mitgliedstaaten“	215
1.	Die Identifizierung des Einzelnen mit dem Gemeinwesen der Union	215
a.	Die Bedeutung von Unionsbürgerpflichten für den Identifizierungsprozeß des Bürgers mit der Union	217
b.	Die Bedeutung unmittelbarer Leistungsverbindungen zwischen Union und Bürger für den Identifizierungsprozeß.....	218
2.	Die Auffassung der Unionsbürgerschaft i.S. eines materiellrechtlichen Mitgliedschaftsstatus. Das sog. „europäische Indigenat“	219
III.	Die Unionsbürgerschaft in Abgrenzung zur Unions-“angehörigkeit“	223
IV.	Wertende Gesamtbetrachtung	226

B.	Unionsbürgerschaft, Gleichheit und die Grundfreiheiten des Vertrages.....	226
I.	Das gemeinschaftliche System zur Gewährleistung der Grundfreiheiten. Die Entwicklung vom Diskriminierungs- zum umfassenden Beschränkungsverbot	228
II.	Der Sonderfall der sog. Inländerdiskriminierung	232
III.	Die Auswirkungen der Unionsbürgerschaft auf die Grundfreiheiten und insbesondere die Inländerdiskriminierung	235
	1. Die Änderung des Integrationszusammenhangs des Gemeinschaftsrechts	236
	2. Neuer Lösungsansatz zur Behandlung der bisher zu Inländerdiskriminierungen führenden sog. „internen Sachverhalte“	239
	3. Praktische Beispiele.....	242
IV.	Wertende Gesamtbetrachtung: Die „negative“ Komponente der Unionsbürgerrechte	244
C.	Unionsbürgerschaft, Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte.....	246
I.	Das gemeinschaftsrechtliche System zum Schutz der Grundrechte	247
	1. Die Grundrechtsbindung der Gemeinschaft/Union und der Mitgliedstaaten	247
	2. Dogmatische Einordnung des Grundrechtsschutzes im Gemeinschaftsrecht	249
II.	Der interaktive Zusammenhang zwischen der Unionsbürgerschaft und dem gemeinschaftsrechtlichen Grundrechtsschutz	251
	1. Die Auswirkungen der Unionsbürgerschaft auf den gemeinschaftsrechtlichen Grundrechtsschutz.....	251
	a. Die Ablösung des gemeinschaftsrechtlichen Grundrechtsschutzes von dem ökonomisch definierten Rechtsstatus des Marktbürgers....	251
	b. Die Herausbildung einer konvergenten Wertordnung in der Europäischen Union	253
	2. Die Auswirkungen des gemeinschaftsrechtlichen Grundrechtsschutzes auf die Unionsbürgerschaft.....	255
III.	Unionsbürgerschaft und allgemeiner Menschenrechtsschutz für Drittstaatsangehörige	257
IV.	Wertende Gesamtbetrachtung	259

D.	Unionsbürgerschaft, Legitimation und Demokratie	260
I.	Dogmatische Einordnung des Legitimationsbedarfs der Europäischen Union ...	261
1.	Formale, rechtliche, funktionale und demokratische Legitimation	262
2.	Die zweigleisig begründete demokratische Legitimation der Europäischen Union	266
a.	Die abnehmende mittelbare demokratische Legitimation der Europäischen Union	267
b.	Die zunehmende Bedeutung unmittelbarer demokratischer Legitimation der Europäischen Union	268
II.	Die Unionsbürgerschaft und die Voraussetzungen der unmittelbaren demokratischen Legitimation der Europäischen Union.....	269
1.	Dogmatisch-konzeptionelle Voraussetzungen unmittelbarer demokratischer Legitimation der Europäischen Union	270
a.	Die Anwendbarkeit demokratischer Grundsätze auf die Europäische Union	270
b.	Die Unionsbürgerschaft als zentraler Ansatzpunkt zur Entwicklung einer europäischen unionsgerechten Demokratietheorie.....	274
2.	Strukturelle Voraussetzungen unmittelbarer demokratischer Legitimation der Europäischen Union.....	277
a.	Institutionelle Strukturen: Die Bedeutung der Unionsbürgerschaft für die Stärkung des Europäischen Parlaments als Repräsentationsorgans.....	277
(1)	Der Stand der heutigen institutionellen Ausgestaltung des Europäischen Parlaments.....	278
(2)	Das Steigerungspotential des institutionellen Gewichts des Parlaments.....	281
b.	Vorrechtliche Strukturen: Die Bedeutung der Unionsbürgerschaft für die Herstellung einer Europäischen Öffentlichkeit	283
(1)	Gesellschaftliche Infrastruktur europäischer Demokratie	284
(2)	Anstoß sozialer Entwicklungen durch institutionelle Vorgriffe (Unionsbürgerschaft).....	287
III.	Wertende Gesamtbetrachtung	289

Fünftes Kapitel: Die Symbiose der Unionsbürgerschaft und der nationalen Staatsangehörigkeit292

A.	Das zwischen der Staatsangehörigkeit und der Unionsbürgerschaft bestehende Akzessorietätsverhältnis und seine Tücken	294
-----------	---	-----

I.	Die Befugnis der Mitgliedstaaten zur alleinverantwortlichen Regelung ihrer Staatsangehörigkeiten	294
II.	Auswirkungen der mitgliedstaatlichen Befugnis zur alleinverantwortlichen Regelung der Staatsangehörigkeit auf die Unionsrechtsordnung	296
B.	Angleichung der mitgliedstaatlichen Staatsangehörigkeitsregelungen	300
C.	Durchbrechungen der zwischen der nationalen Staatsangehörigkeit und der Unionsbürgerschaft bestehenden Akzessorietät	302
I.	Die Ausgestaltung der Unionsbürgerschaft als einen autonomen Rechtsstatus ..	303
II.	Abstraktion des Unionsbürgerstatus von nationalen Staatsangehörigkeitsregelungen.....	304
1.	Schranken der Wirksamkeit einer nationalen Staatsangehörigkeitsregelung für das Völkerrecht	304
2.	Schranken der mitgliedstaatlichen Befugnis zur alleinverantwortlichen Regelung ihrer Staatsangehörigkeit für die Zwecke des Unionsrechts	305
3.	Praktische Beispiele.....	311
4.	Wertung: Gemeinschaftstreue und Integrationsprinzip versus nationale Identität bzw. Souveränität	314
	Schlusswort: Der doppelte Bürgerstatus der Person auf der nationalen wie der supranationalen Ebene.....	317
	Literaturverzeichnis.....	321